

KONJUNKTURREPORT

18. Jg., Ausgabe 3, September 2018

Konjunktur schwächt sich leicht ab

Im zweiten Quartal 2018 setzte die **Weltwirtschaft** ihre solide Expansion fort. Allerdings nahmen die Risiken für das Wachstum zu, denn die Modalitäten des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU sind nach wie vor unklar, und die ersten Zölle der USA auf Importe aus China traten in Kraft. Weitere Schritte sind geplant. Gleichzeitig kündigte die chinesische Regierung Gegenmaßnahmen an, und Einfuhrzölle der EU und Kanadas als Reaktion auf die zuvor von den USA erhobenen Zölle auf Stahl und Aluminium wurden wirksam. Der Welthandel stagnierte im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal, nachdem er im ersten Jahresviertel noch um 1,2 % zugelegt hatte. Das ifo Weltwirtschaftsklima verschlechterte sich im dritten Quartal in nahezu allen Regionen, wobei sich vor allem die Erwartungen eintrübten.

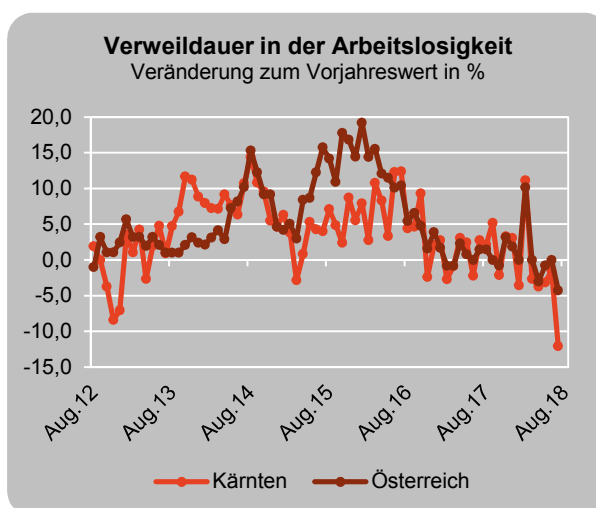
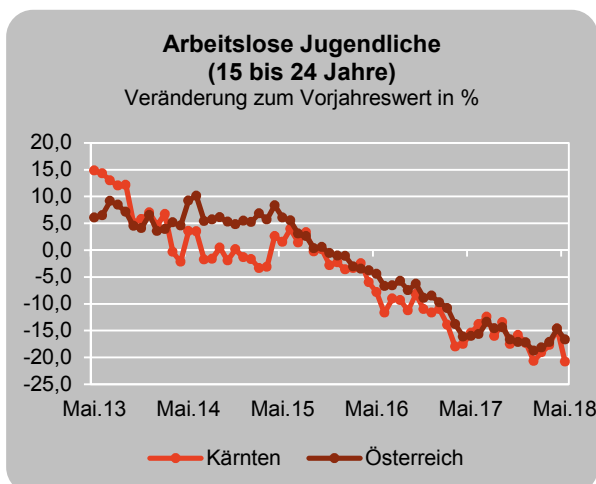
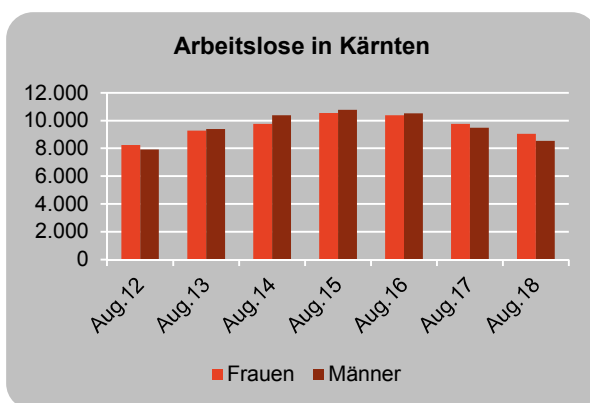
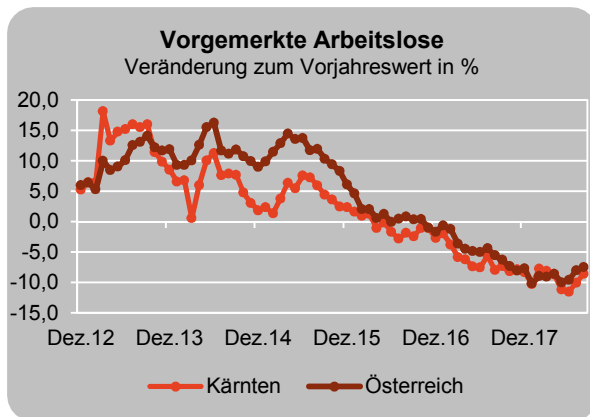
In den **USA** stieg das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2018 um 1,0 %, nach 0,5 % im ersten Quartal. Die Wachstumsbeiträge des privaten Konsums und des Außenbeitrags stiegen deutlich, während sich das Wachstum der Investitionen abschwächte. In **Japan** stieg die Wirtschaftsleistung zwischen April und Juni um 0,2 %, nach einem Rückgang um 0,5 % zu Jahresbeginn. Zu der Verbesserung trugen vor allem der private Konsum und die Ausrüstungsinvestitionen bei. In **China** erhöhte sich das saisonbereinigte BIP im zweiten Quartal auf 1,8 %. Im Vorjahresvergleich stieg es um 6,7 %, nach 6,8 % im ersten Quartal. Künftig könnte die Konjunktur durch den Handelsstreit mit den USA gedämpft werden. Zudem strebt die Regierung eine Eindämmung der Kreditvergabe an. Gemäß einer Schnellschätzung ist das BIP sowohl im **Euroraum** als auch in der gesamten **EU** im zweiten Quartal um 0,4 % gestiegen, ebenso wie bereits im ersten Quartal. In Deutschland und Frankreich stieg die Wirtschaftsleistung jeweils um 0,5 %, in Italien und Frankreich nur um 0,2 %. Kräftig stieg das BIP in Spanien, Schweden sowie in Mittel- und Osteuropa. Das Beschäftigungswachstum blieb kräftig, was den privaten Konsum antreibt. Auch das Investitionswachstum blieb robust, ebenso wie die Ausfuhren, trotz der zunehmenden außenwirtschaftlichen Belastungen.

In **Österreich** stieg das saisonbereinigte BIP im zweiten Quartal um 0,7 % (Trend-Konjunktur-Komponente), nach 0,8 % im ersten Quartal. Weiterhin trugen sowohl die Inlands- als auch die Auslandsnachfrage das Wachstum. Der private Konsum profitierte von der weiteren Verbesserung des Arbeitsmarkts. Allerdings belastete die etwas höhere Inflation die Realeinkommen. Die hohe Kapazitätsauslastung und die anhaltend niedrigen Zinsen stützten die Investitionen. Sowohl die Exporte als auch die Importe stiegen kräftig, wobei der Außenbeitrag einen positiven Wachstumsbeitrag lieferte. Entstehungsseitig nahm die Wertschöpfung vor allem in der Sachgütererzeugung weiterhin kräftig zu; die Dynamik nahm aber im Vergleich zum ersten Quartal ab. Auch im Bauwesen schwächte sich das Wachstum etwas ab, während es im Bereich Beherbergung und Gastronomie hoch blieb.

In **Kärnten** blieb die Industriekonjunktur im ersten Halbjahr deutlich stärker als in ganz Österreich. Der Produktionsindex für den produzierenden Bereich war im Durchschnitt der Monate Jänner bis Mai um 10,6 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (Österreich: 6,1 %). In der Sachgütererzeugung stieg die Produktion in Kärnten um 7,5 % und in ganz Österreich um 6,8 %. In der Bauwirtschaft nahm der Produktionsindex in Kärnten um 8,6 % und in ganz Österreich um 7,2 % zu (Hochbau: Kärnten und Österreich jeweils knapp 8 %, Tiefbau: Kärnten 21 %, Österreich 5,5 %). Die Energieversorgung steigerte die Produktion in Kärnten um 39 %, verglichen mit einem Rückgang um 5,3 % im Bundesdurchschnitt. Das KIHS geht davon aus, dass sich die Konjunktur in Kärnten im laufenden und dem kommenden Jahr etwa im Gleichschritt mit dem Österreich-Durchschnitt entwickeln wird. Die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück, bleibt aber deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig macht sich bei immer mehr Unternehmen Fachkräftemangel bemerkbar, was u.a. auf eine Abwanderung gut ausgebildeter Personen zurückzuführen ist. Die aktuelle Konjunkturprognose für Kärnten findet sich auf der Homepage des KIHS:

<http://kihs.at/wirtschaftsprognose.html>.

Klaus Weyerstraß



Aktuelles vom Arbeitsmarkt

Die aktuelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin eine erfreuliche. Verglichen mit dem Vorjahr waren Ende August mehr als 30.000 Personen weniger arbeitslos oder in Schulungen registriert. Insgesamt waren dennoch knapp 345.000 Personen auf Jobsuche. Im Rahmen eines Jobgipfels sollen deshalb noch im September Maßnahmen diskutiert werden, um die Zahl an Arbeitslosen weiter deutlich zu reduzieren. Im Bundesländervergleich ist die Arbeitslosenquote in Tirol am niedrigsten, gleichzeitig ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit in diesem Bundesland am stärksten ausgeprägt (-15,5%).

Von der guten gesamtwirtschaftlichen Lage profitieren Männer stärker als Frauen. Österreichweit betrug der Rückgang an arbeitslosen Personen bei Männern 9,1%, bei Frauen 5,7%. Noch divergierender ist die Entwicklung zwischen InländerInnen (-10,0%) und AusländerInnen (-0,9%). Eine Differenzierung nach dem Alter der Arbeitslosen zeigt, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen markanter ist (-11,9%) als bei Menschen über 50 Jahren (-3,9%). Auch Langzeitarbeitslose profitieren von der aktuell günstigen Arbeitsmarktsituation.

Österreichweit ging die Arbeitslosigkeit am Bau (-11,6%), bei der Herstellung von Waren (-1,5%), in der Beherbergung und Gastronomie (-10,3%) sowie im Gesundheits- und Sozialwesen (-9,8%) besonders stark zurück. Personen mit Lehrausbildung profitieren gegenwärtig am stärksten von der Abnahme der Arbeitslosigkeit (-10%), während sie bei AkademikerInnen geringfügig zunahm (0,2%).

Im internationalen Vergleich betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in Österreich gemäß Eurostat 4,9%. Neun EU Länder weisen eine niedrigere Arbeitslosenquote auf, z.B. die Tschechische Republik (2,3%), Deutschland (3,4%), Polen (3,5%), Ungarn (3,6%). Am höchsten ist die Arbeitslosigkeit in Griechenland (19,5%) und Spanien (15,1%).

Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen auf eine sofort verfügbare offene Stelle (Stellenandrangziffer) ging im ersten Halbjahr 2018 in allen Bundesländern zurück, in Oberösterreich ist sie am niedrigsten (2,1). Laut Fachkräfteverordnung des Sozialministeriums definiert eine Stellenandrangziffer von nicht mehr als 1,5 einen Fachkräftemangel. 2017 umfasste die Liste der Mangelberufe noch elf Berufe, aktuell sind es bereits 27. Die geplanten Kürzungen des AMS Budgets sind auch vor dem Hintergrund der aktuell günstigen Arbeitsmarktsituation zu sehen.

Norbert Wohlgenuth

Kommentar: Die Inflation ist zurück

Nachdem die Inflation in den vergangenen Jahren historisch niedrig und die Angst vor einer Deflation, d.h. einem dauerhaften Rückgang des allgemeinen Preisniveaus, vor allem unter Zentralbankern stark ausgeprägt war, können diese nun zufrieden sein, denn die Inflation ist in Europa mittlerweile beim Zielwert von knapp zwei Prozent angelangt. Die Angst vor einer Deflation war auch ein Grund für die extrem lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) in den vergangenen Jahren. Mit dem Ankauf von Staatsanleihen konnte sie den Bankensektor mit frischem Zentralbankgeld versorgen, und Befürchtungen, dass damit die Inflation weit über den Zielwert hinausschießen könnte, haben sich bisher nicht bewahrheitet.

Oft wird argumentiert, dass ein gewisses Ausmaß an Inflation wünschenswert sei, und eine Aufwertung des Geldes (Deflation) eine Katastrophe darstelle. Das Bekämpfen einer Deflation ist schwieriger als jene der Inflation: Fällt das Preisniveau, muss die Zentralbank den Leitzins negativ werden lassen, damit die Differenz zwischen Nominalzins und Inflation (Realzins) möglichst klein und damit die Konjunktur belebt wird. Bei Erwartung fallender Preise würden sich Haushalte und Unternehmen bei Konsum und Investitionen zurückhalten und damit das Wirtschaftswachstum abwürgen. Gemäß der EZB schafft eine Inflationsrate von zwei Prozent einen sicheren Puffer zur Deflation und hält die Wirtschaft am Laufen.

Mittels Inflation kann man die Wirtschaft kurzfristig anschieben, mittelfristig überwiegen jedoch negative Effekte. Bereits eine schleichende Inflation kann sich negativ auswirken, z.B. durch eine Umverteilung von Vermögen und Einkommen. Inflation stellt sowohl für Haushalte als auch Unternehmen einen Anreiz dar sich zu verschulden.

Der globale Schuldenstand beträgt mehr als 200 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung – ein historischer Höchstwert. Damit ist auch die Anfälligkeit der globalen Wirtschaft so hoch wie nie zuvor: Ein beträchtlicher Anteil von Krediten wird zur Finanzierung von Aktien und Immobilien verwendet – als vermeintlicher Schutz vor Inflation. Damit steigen aber Vermögenspreise rascher als Einkommen, mit dem Effekt, dass sich viele Menschen eine Immobilie nicht mehr leisten können.

Geringverdiener bekommen die negativen Auswirkungen der Inflation besonders deutlich zu spüren, weil die Preise der für sie relevanten Güter rascher steigen als die allgemeine Inflationsrate. So betrug im Juli 2018 die Infla-

tionsrate in Österreich 2,0 Prozent, während sich der Mikrowarenkorb (Güter des täglichen Einkaufs) um 3,9 Prozent verteuerte. Ärmere Menschen geben einen größeren Anteil ihres Einkommens für Güter und Dienstleistungen aus, die überdurchschnittlich rasch teurer werden. Damit ist die viel zitierte „gefühlte Inflation“ zumindest für diese Menschen sehr real und selbst die aktuelle „sozial angepasste Pensionserhöhung“ reicht nicht aus, um deren Kaufkraft zu erhalten.

Inflation kann die Spartätigkeit bremsen, vor allem in Zeiten niedriger Zinsen. Die Rendite auf zehnjährige österreichische Staatsanleihen beträgt aktuell ca. 0,55 Prozent. Bei einer Inflationsrate von 2,0 Prozent ergibt sich eine reale Verzinsung von -1,45 Prozent. Diese Staatsanleihen verlieren (bei einer Inflationsrate von jährlich 2 Prozent) nach 20 Jahren ca. ein Drittel an Kaufkraft, nach 28 Jahren die Hälfte. Bei de facto zinsenlosen Sparbüchern beträgt der Kaufkraftverlust bereits nach 20 Jahren 50 Prozent. Da Österreicherinnen und Österreicher weiterhin eine starke Präferenz fürs „Büchl“ haben, gehören Sparer zu den Verlierern der gegenwärtigen Konstellation von niedrigen Zinsen und anziehender Inflation. Zusätzlich schaffen niedrige Zinsen eine „Illusion über die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen“ (Robert Holzmann). Der Vollständigkeit halber muss aber auch festgehalten werden, dass die niedrigen Zinsen nach 2008 geholfen haben die Wirtschaft zu stimulieren und dadurch das Sparen zu erleichtern. Andererseits passen niedrige Zinsen nicht zur (noch) boomenden Wirtschaft.

Schleichende Inflation und niedrige Zinsen reduzieren die Bereitschaft zu sparen und treiben private und öffentliche Haushalte in den Konsum auf Kreide. Ersparnisse sind aber notwendig für Investitionen, und ohne ausreichende Investitionen schrumpft der Kapitalbestand. In weiterer Folge führt das zu weniger Produktivität und somit Wohlstand.

Angesichts dieser Gefahren einer auch nur mäßigen Inflation sollte die Öffentliche Hand für funktionierenden Wettbewerb sorgen, vor allem in Hinblick auf die sich abzeichnenden Internetmonopole, sich nicht als Preistreiber betätigen (z.B. bei kommunalen Diensten oder durch überzogene Regulierungen im Bauwesen) und sich nicht in die Geldpolitik der jeweiligen Zentralbank einmischen. Aktuelle Entwicklungen in der Türkei zeigen, dass die Unabhängigkeit von Zentralbanken von fundamentaler Bedeutung ist, um die Inflation und ihre unerwünschten Nebenwirkungen in Zaum zu halten.

Norbert Wohlgemuth

Kärnten kann mehr

Was eine Parole im Wahlkampf um den Kärntner Landtag war, wurde durch die Entwicklung seither eindrucksvoll bestätigt – nicht zuletzt mit dem Wachstum von Produktion, Beschäftigung und Steueraufkommen, mit der Abnahme der Arbeitslosigkeit und neuem Optimismus.

Warum auch nicht: waren doch die Probleme aus dem Scheitern einer größtenwahnsinnig aufgeblasenen Bank nicht „Kärnten“, seinen Menschen, den Unternehmen, deren Mitarbeitern etc. zuzurechnen. Die Befreiung aus den abenteuerlichen Haftungen des Landes konnte so Aufbruchsstimmung und Aufbruch erzeugen. Geholfen hat dabei ein anhaltender und kräftiger internationaler Konjunkturaufschwung, von dem die stark exportabhängige Wirtschaft mächtige Impulse erhält.

Die Befreiung aus den Haftungsverpflichtungen hatte allerdings ihren Preis, der die ohnehin hohe Verschuldung des Landes noch einmal deutlich nach oben getrieben hat. Beim aktuellen Zinsniveau ist die Verzinsung dieser Schulden kein großes Problem und für den Großteil der Verschuldung sind niedrige Zinsen auf Jahre hin gesichert. Dennoch: die Zinsen werden wieder steigen, nicht rasch und nicht stark, aber doch. Und nur ein Prozentpunkt höhere Zinsen auf eine Verschuldung von rund 3,6 Mrd. Euro bedeutet doch eine zusätzliche Budgetbelastung von mehr als 30 Mio. Euro jährlich. Nach Jahren und Jahrzehnten von Budgetdefiziten – beim Bund ebenso wie in den meisten Bundesländern – fällt es der Politik schwer, die Haushalte zu konsolidieren und über Budgetüberschüsse schrittweise den Schuldenstand abzubauen. Dabei wäre es in Phasen guter Konjunktur richtig und notwendig, Schulden abzubauen, um bei konjunktureller Flaute wieder Spielraum für stimulierende kreditfinanzierte Ausgaben zu haben. In Phasen guter Konjunktur sollte es zudem leicht sein, Budgetüberschüsse zu realisieren, da die Steuereinnahmen sprudeln. Nun gibt es stets Ausgabenwünsche, neue Aufgaben, Versäumnisse in der Vergangenheit etc., die gerade bei steigenden Steuereinnahmen besonders dringlich eingemahnt werden, und der Politik fällt es schwer, hier Widerstand zu leisten, da das Geld ja da ist.

Für große und wichtige Aufgabenbereiche gelten strukturelle Gründe, die ein weiteres Ausgabenwachstum zur Folge haben. Dies betrifft zum Beispiel den Gesundheits- und Pflegebereich, die Pensionslasten oder die Folgekosten früherer Investitionen. Aufgaben- und Ausgabenbereiche die schrumpfen, sind dagegen keine zu finden und obendrein von

geringer finanzieller Bedeutung. Für zukunftsichernde Investitionen – sei es in Bildung, F&E oder Infrastruktur – die notwendigen Spielräume und Ressourcen frei zu bekommen, wird damit zur besonderen Herausforderung für die Politik, zumal es hier kaum durchsetzungskräftige Lobbies gibt, die für große Gruppen von Wählern sprechen können. Für die Politik erfordert diese Situation nicht nur die Vision einer zukunftsichernden Strategie – deutlich über die laufende Legislaturperiode, d.h. den nächsten Wahltermin, hinaus. Diese umzusetzen aber erfordert pädagogisch-psychologische Talente des Erklärens und der politischen Werbung, mediale Unterstützung, Kooperationspartner, die nur auf der Basis von grundlegender Übereinstimmung und Vertrauen möglich sind.

Vertrauen in die Politik ist zu einem sehr knappen Gut geworden. Establishment-kritische, EU-kritische, Globalisierungskritische Vereinfacher und Verführer gewinnen Zulauf und Wahlen. Ohne inhaltliches Programm und mit utopischen Versprechungen sind sie jedenfalls nicht in der Lage, konkreten Problemen mit konstruktiven Lösungen zu begegnen. Die Aufgabe der Politik beginnt heute damit, das Modell der liberalen Demokratie zu verteidigen, glaubhaft zu leben und harmonisch Vertrauen zu schaffen.

„Kärnten kann mehr“ kann man so auch als Versprechen der Politik verstehen: es geht nicht nur um Konjunkturzahlen, sondern auch um die Kultur im öffentlichen Diskurs und im Streit um Lösungen für schwierige Probleme. Ein Versprechen, das auch als Aufforderung und kritischer Maßstab zu verstehen ist: Kärnten kann mehr!

Hans-Joachim Bodenhöfer

Innovationen aus dem Lakeside Science & Technology Park: Eine Entdeckungsreise

Als ich das erste Mal den bereits zum Teil fertig gestellten Lakeside Park besuchte, vor gut einem Jahrzehnt, war der kürzeste Weg noch ein kleines Abenteuer. Vom Haupteingang der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt links an den Universitätsgebäuden vorbei, dann, das Ziel bereits vor Augen, einem rutschigen Trampelpfad über einen Erdwall folgend noch kurz über ein Baustellenabsperrendband kletternd, hatte ich den Park mit seiner modernen Infrastruktur erreicht.

Die Recherche zu diesem Beitrag ist ebenfalls eine kleine Entdeckungsreise. Sie geht der Frage nach, welche Innovationen in den Gebäuden des Lakeside Science & Technology Parks mit Universitätsanbindung, günstiger Verkehrslage, verschiedenen Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Seenähe, Karawanenblick inklusive, entstanden sind. Patentanmeldungen haben als Messinstrument für Innovationen aufgrund des hohen Informationsgehaltes einige Vorteile. So erfährt der Recherchierende beispielsweise, dass 2014 an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt ein Patent mit zwei beteiligten Forschern angemeldet worden ist, wie die Erfinder heißen, die Wohnorte der Erfinder, wer das Patent angemeldet hat, den Firmensitz und natürlich ausführliche Informationen über das Patent selbst und wichtige Vorarbeiten.

Der Science & Technology Park versteht sich als Plattform für eine Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. An der Forschungszusammenarbeit wirken beispielsweise die Lakeside Labs, das Robotics Institut der Joanneum Research Forschungsgesellschaft und das AIT Austrian Institute of Technology ebenso mit wie Infineon Technologies oder das Gründerzentrum build! Diese Rahmenbedingungen sind gute Voraussetzungen für eine Innovations- und Wachstumsstrategie des Landes.

Meine erste Suchstrategie über Patentaktivitäten im Lakeside Park ist (zu) simpel. Ich nutze die Seiten des Österreichischen Patentamtes. Die Suchmaske für Erfinder und Anmelder sieht allerdings nur Vor- und Nachnamen vor, keine Firmennamen. Natürlich könnte ich das Österreichische Patentamt anschreiben und um eine Recherche bitten.

Meine zweite Suchstrategie nutzt die internationale Suche des Deutschen Patent- und Markenamtes (depatisnet.dpma.de). Meine Suchbegriffe funktionieren, endlich. Ich bekomme Ergebnisse über Patentanmelder und Erfinder, auch für Firmen oder Erfinder in Österreich. Der Begriff Lakeside führt zu 312 Treffern in aller Welt, einige könnten aus Klagenfurt stammen.

Daher eine explizite Suche nach den Forschungseinrichtungen des Lakeside Parks. Die Suche Patentanmelder gleich Lakeside Labs, führt zu 20 Treffern/Anmeldungen mit 8 Erfindungen zwischen 2009 und 2012. Ein Team von jeweils drei bis vier Erfindern je Patent vermerkt die Datenbank. Ein Patent ist zusammen mit der Universität Erlangen-Nürnberg entstanden.

Die Suche nach Joanneum Research führt zu 19 Erfindungen mit überwiegend nationalen Teams. Und die Schnittmenge mit Klagenfurt? Keine Anmeldung stammt aus Klagenfurt. Wo die Erfinder arbeiten bzw. gearbeitet haben, ist nicht Teil der Patentanmeldung. Keine Erfinderin, kein Erfinder dieser 19 Erfindungen wohnt in Klagenfurt, dafür häufig in Graz. Natürlich könnte der Erfinder auch in der Nähe oder etwas weiter weg von Klagenfurt wohnen und im Lakeside Park arbeiten, aber diesen verstellten Weg der Entdeckungsreise bin ich nicht gegangen. Bei AIT Austrian Institute of Technology sieht es ähnlich aus. 18 Erfindungen und wieder eine leere Schnittmenge mit Klagenfurt. Eine Erfindung ist, wie die nächste Suche zeigt, an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt entstanden.

Zum Schluss noch einmal die direkte Suche auf den Seiten des Lakeside Science & Technology Parks: Patente als Suchbegriff. Die in den eigenen Gebäuden entstandenen Patente der Lakeside Labs GmbH tauchen nicht als Treffer auf. Marketing! Dafür finde ich von einem Netzwerkpartner die Veranstaltung „20 Jahre CTR“, mit Hinweis auf über 80 Patente von CTR Carinthia Tech Research in Villach.

Wie es bei einer Expeditionsreise vorkommen kann, findet man nicht das, was man sucht. Dies kann an der Intensität der Suche liegen oder es ist bereits das Ergebnis. Vielleicht sind andere Firmen im Lakeside Park wichtige Treiber von Innovationen. Vielleicht gibt es noch nicht viele zum Patent angemeldete Erfindungen, die im Lakeside Park entstanden sind. Warum, wäre die nächste Forschungsfrage. Vielleicht sind Patentanmeldungen kein Ziel der Innovationstätigkeit, da mit der Patentanmeldung zu viele Informationen offen gelegt werden. Zur Beantwortung dieser Fragen wäre eine neue Forschungsreise notwendig, beispielsweise um qualitative Interviews über Forschungsziele und -strategien und die möglichen Schwierigkeiten bei der Patentanmeldung zu führen und daraus gegebenenfalls Politikempfehlungen abzuleiten.

Johannes Jaenicke
ehemaliger Mitarbeiter des KIHS
<https://orcid.org/0000-0001-8000-309X>

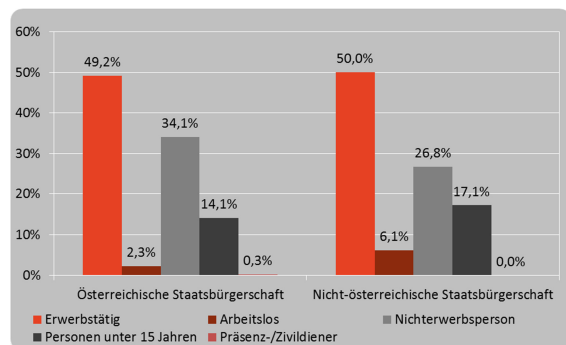
Ökonomische Situation von MigrantInnen in Österreich

Mit 1.1.2018 lebten knapp 1,4 Mio. Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Österreich. Rund die Hälfte davon stammte aus EU- und EFTA-Ländern. Den größten Anteil der Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft machen mit 13,4 % Deutsche aus, gefolgt von SerbInnen (8,6 %) und

TürkInnen (8,4 %).¹ Vor dem Hintergrund der stetigen Diskussionen zur Thematik „Migration“ interessiert, wie die (ökonomische) Situation von MigrantInnen bzw. Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft aussieht. Welche Altersstruktur und Bildung weisen sie im Vergleich zur österreichischen Bevölkerung auf und wie ist ihre Situation in Bezug auf Erwerbstätigkeit und Einkommen bzw. Armut zu beschreiben? Diesen Fragen soll im Rahmen des vorliegenden Beitrages nachgegangen werden.

Der Erwerbsstatus von nicht-österreichischen StaatsbürgerInnen im Vergleich zur Bevölkerung mit österreichischer Staatsbürgerschaft ist in Abbildung 1 ersichtlich. In Bezug auf die Erwerbstätigkeit bestehen kaum Unterschiede – in beiden Untersuchungsgruppen arbeiten rund 50 %. Bei den nicht-österreichischen StaatsbürgerInnen ist jedoch ein höherer Anteil arbeitslos (6,1 % zu 2,3 %), während von den österreichischen StaatsbürgerInnen die Nichterwerbspersonen, d.h. Personen, welche dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, mit 34,1 % deutlich dominieren. Zudem zeigt sich, dass Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft einen höheren Anteil von unter 15-Jährigen aufweisen. Darin spiegelt sich auch die jüngere Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung wider.

Abbildung 1: Erwerbsstatus von Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft, 2017

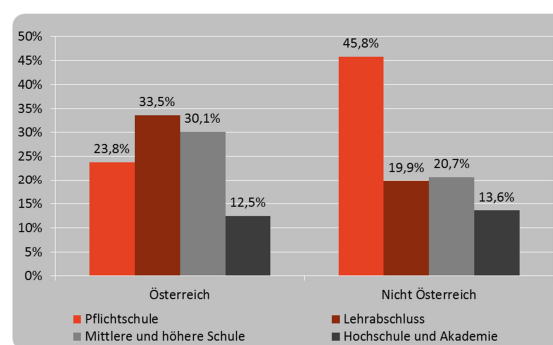


Quelle: Statistik Austria (2018) Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung, eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 2 gibt einen Einblick in den Bildungsstand der Personen ab 15 Jahren, gegliedert nach den Kategorien des österreichischen Bildungssystems. Wie ersichtlich, weist der mit Abstand größte Teil der Nicht-Österreicher lediglich einen Pflichtschulabschluss auf (45,8 %), gefolgt von einer mittleren oder höheren Schule (20,7 %) und einem Lehrabschluss (19,9 %). Von den ÖsterreicherInnen hat hingegen ein Drittel einen Lehrabschluss vorzuweisen und 30,1 % eine mittlere

oder höhere Schule. Doch der Anteil von Personen mit lediglich Pflichtschulabschluss beträgt ebenfalls noch knapp 24 %. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass in der Statistik auch jene Personen mit lediglich Pflichtschulabschluss erfasst sind, welche sich noch in einer weiterführenden Ausbildung befinden. Mit 13,6 % zu 12,5 % weisen geringfügig mehr Personen mit nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit einen Abschluss an einer Hochschule oder Akademie auf.

Abbildung 2: Höchste abgeschlossene Ausbildung von Personen ab 15 Jahren nach Staatsangehörigkeit, 2015



Quelle: Statistik Austria (2017) Abgestimmte Erwerbsstatistik, eigene Berechnung und Darstellung.

Die Einkommenssituation von nicht-österreichischen StaatsbürgerInnen liegt mit einem durchschnittlichen Äquivalenzzahaltseinkommen von € 21.057 pro Jahr deutlich unter jenem von österreichischen Haushalten (€ 28.811). In weiterer Folge sind 52 % der ausländischen StaatsbürgerInnen (ohne Betrachtung von bzw. vor Sozialleistungen) armutsgefährdet², während dies bei österreichischen StaatsbürgerInnen für einen deutlich geringeren, aber dennoch erheblichen Anteil von 20,0 % gilt. Auch die Daten zur manifesten Armut³ bestätigen die deutlich höhere Gefahr von ausländischen StaatsbürgerInnen – bei einer Quote von 16,0 % zu 3,0 % bei ÖsterreicherInnen.⁴ Diesbezüglich ist jedoch auf die Korrelation zwischen Bildung, Erwerbsstatus und Einkommen hinzuweisen.

Birgit Aigner-Walder

² Als armutsgefährdet werden jene Personen beschrieben, welche ein äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter 60% des Medians aufweisen. Das Äquivalenzeinkommen eines Haushalts errechnet sich aus dem verfügbaren Haushaltseinkommen dividiert durch die Summe der Personengewichte im Haushalt (Gewichtung: erste erwachsene Person = 1; jede weitere erwachsene Person im Haushalt = 0,5; Kinder unter 14 Jahren = 0,3).

³ Abgesehen von Armutgefährdung liegt in diesem Fall auch finanzielle Deprivation vor, d.h. die fehlende Möglichkeit an einem Mindestlebensstandard teilzuhaben.

⁴ Vgl. Statistik Austria (2018): EU-SILC 2017.

¹ Vgl. Statistik Austria (2018): Statistik des Bevölkerungsstandes, eigene Berechnung.

Serie: Die Kärntner Start-up-Szene (VII): P.SYS, caring systems KG⁵

2014 gründete ir. Bart G. Scholte van Mast das Unternehmen P.SYS system creation, ursprünglich mit dem Ziel im Bereich „smart buildings“ tätig zu sein. Ein familiärer Zwischenfall im Umfeld des Gründers lenkte den Fokus jedoch auf die Problematik von alleinlebenden älteren Personen sowie den Risiken und Folgen, die daraus resultieren, dass die betroffenen Personen bei Unfällen/Zwischenfällen trotz vorinstallierter Systeme (z.B. Notrufknopf) oftmals nicht in der Lage sind, einen Notruf abzusetzen bzw. Hilfe zu verständigen. Eine durchgeführte Marktrecherche zeigte, dass zwar entsprechende Assistenz-Systeme verfügbar sind, die ohne aktives Zutun der Betroffenen Hilfe anfordern können, die Rahmenbedingungen jedoch nicht die Anforderungen und Bedürfnisse der Zielgruppe erfüllen (z.B. Kosten, Invasivität, Privatsphäre). Mit dem Ziel diese Problematik zu lösen und älteren alleinlebenden Menschen weiterhin ein selbständiges Leben zu ermöglichen ohne die Selbstbestimmung einzuschränken, gründeten ir. Bart G. Scholte van Mast und drs. Elise van Harxen 2017 die Firma P.SYS, caring systems KG, und riefen das über drei Jahre laufende (2017-2019) und von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) sowie dem Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (KWF) geförderte Forschungsprojekt „Detect & Connect“ ins Leben. Im Zuge dessen soll ein nicht-invasives (ohne Kameras, Mikrofone, Wearables), selbstlernendes Assistenz-System entwickelt werden, das Abweichungen von der Alltagsroutine erkennt (detect) und selbständig in der Lage ist, geeignete Personen aus dem Umfeld zu kontaktieren (connect) (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Forschungsprojekt Detect & Connect



Dem Recht auf Privatsphäre kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, daher werden persönliche Daten weder gespeichert noch versendet – die Künstliche Intelligenz bleibt damit im Raum. In der künftigen Anwendung wird

jeder Raum mit dem selbstlernenden System ausgestattet, welches die Bewegungen der Bewohner/innen sowie Aktivitäten elektronischer Geräte erkennt. Da in der Nacht Notfälle und Unregelmäßigkeiten aufgrund fehlender Aktivitäten nicht erkannt werden können, entwickelt P.SYS, caring systems KG als erstes Produkt ein Modul, das am Bett des Klienten angebracht wird (vgl. Abbildung 4) und beispielsweise über Schlafbewegungen registriert, ob alles in Ordnung ist und im Notfall Hilfe ruft. Der Prototyp des Moduls soll bis Ende September 2018 realisiert sein, bis Jahresende erfolgt die Datensammlung sowie die Einbringung immer komplexerer Datenverarbeitungsmodelle in die Software. Ab 2019 soll die Markteinführung starten.

Abbildung 4: Modul Schlafmonitoring



Quelle: P.SYS, caring systems KG (2018)

P.SYS, caring systems KG stehen im Zuge des Forschungsprojekts auf wissenschaftlicher Ebene u.a. die Alpen-Adria-Universität Klagenfurt sowie die Fachhochschule Kärnten zur Seite. Technologischen Input liefert z.B. SATTVA eTECH sowie ilogs oder A1 Digital. Auf der Anwenderseite verzeichnet das Team Partner im Pflegebereich aus dem In- und Ausland (z.B. Tageszentrum Möllbrücke, Diakonie de la Tour, Deutsches Rotes Kreuz Hausnotruf, Sachsen, Sachsen-Anhalt, HealthCare24, Zorggroep Sint Maarten aus den Niederlanden). Zum Team der P.SYS, caring systems KG zählen mittlerweile zehn Personen, die Hälfte der Mitarbeiter/innen ist weiblich. Die Anwendungsgebiete der in Entwicklung befindlichen Systeme sind breit gestreut und liegen sowohl im privaten Bereich, als auch im stationären Umfeld (z.B. Pflegeheime, Krankenhäuser).

Künftigen Gründer/innen raten Bart G. Scholte van Mast und Elise van Harxen die Overheadkosten auf ein Minimum zu beschränken sowie flexibel zu sein. Gezielte Förderungen seien wichtig für Start-ups, wobei allerdings der damit einhergehende Verwaltungsaufwand nicht unberücksichtigt bleiben darf. Durch die Begleitung des build! Gründerzentrums erhielten die beiden nicht nur finanzielle/beratende Unterstützung, sondern konnten insbesondere Netzwerke aufbauen.

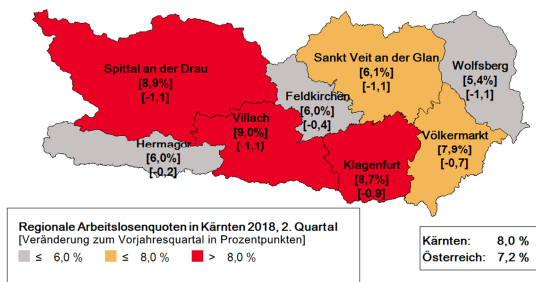
Beate Friedl

⁵ Homepage: <http://psysengineering.com/>

Wirtschaftskennzahlen im Überblick

Arbeitsmarkt

Arbeitslosenquoten in den Kärntner Bezirken, 2. Quartal 2018



Quelle: AMS (2018, online); eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

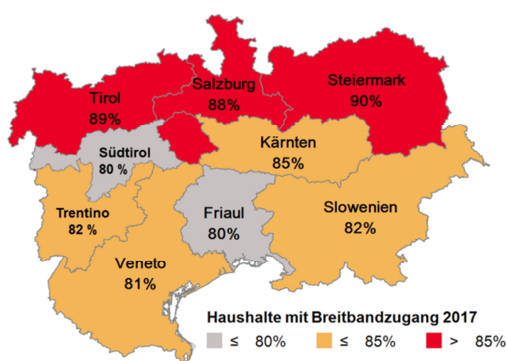
Beschäftigte und Erwerbstätigenquote (15-24 Jahre) in Österreich und im Alpen-Adria Raum, 2017

Region	Beschäftigte		Erwerbstätigenquote	
	in 1.000	Δ 16-17	in %	Δ 16-17
Österreich	483,7	-3,5%	50,6%	-0,4
Veneto	110,8	3,8%	24,0%	0,9
Slowenien	68,5	18,9%	34,7%	6,1
Steiermark	70,2	-0,8%	53,0%	1,2
Friaul	21,0	1,4%	20,3%	0,2
Tirol	45,9	-4,6%	53,5%	-0,4
Salzburg	33,9	-2,6%	55,9%	0,1
Kärnten	29,4	0,7%	52,9%	2,6
Südtirol	19,8	-0,5%	33,8%	-0,3
Trentino	13,2	13,8%	23,9%	2,8

Quelle: Eurostat (2018, online); eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

Haushalte mit Breitbandzugang 2017, in Prozent der Haushalte



Quelle: Eurostat (2018, online); eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Impressum

Herausgeber: KIHS
Adresse: Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt
 Tel. (0463) 592150, Fax DW 23
E-Mail: office@kihs.at
Website: www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten, der Industriellenvereinigung Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 10.09.2018

Konjunkturprognose

Konjunkturprognose Italien, Österreich u. Slowenien

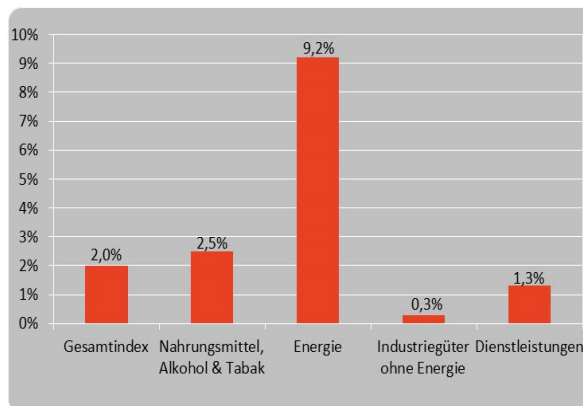
Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal (Q2) in %

BIP	2. Quartal				Prognose
	2015	2016	2017	2018	2018
Italien	0,9%	0,8%	1,6%	1,2%	1,3%
Österreich	1,2%	1,4%	3,0%	3,0%	2,9%
Slowenien	2,1%	2,6%	5,2%	4,3%	4,3%

Quellen: OECD (2018, online); BIP Jahresprognose IHS Wien (2018); eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Inflation

Jährliche Inflation im Euroraum, Schnellschätzung – August 2018



Quelle: Eurostat (2018, online); eigene Darstellung KIHS

Unternehmensdemografie

Neugründungs- und Schließungsrate, 2016

	Neugründungsrate	Schließungsrate
Burgenland	9,2%	8,2%
Kärnten	8,6%	7,0%
Steiermark	8,5%	6,2%
Wien	8,1%	6,6%
Niederösterreich	8,0%	6,7%
Oberösterreich	7,4%	5,9%
Salzburg	6,5%	5,2%
Tirol	6,2%	4,9%
Vorarlberg	6,1%	5,3%
Insgesamt	7,7%	6,2%

Quelle: Statistik Austria (2018, online); eigene Darstellung KIHS